

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Friedhelm Ortgies (CDU)



Svenja Schulze (SPD)

Zu Beginn des Jahres startete die erste NRW-Umweltzone in Köln – das ist ...

... ein Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit und der Umwelt. Es ist aber auch eine einschneidende Maßnahme, die alle Kommunen mit Feinstaubproblemen in Europa angehen müssen, um die europarechtlichen Vorgaben zu erfüllen.

... ein guter Anfang für einen sauberen Himmel über Rhein und Ruhr und eine bessere Luftqualität für die Menschen, die in den Städten wohnen und arbeiten müssen. Ein Quantensprung – wie gern von der Landesregierung behauptet – ist es noch nicht.

Sollte im Herbst fast das gesamte Revier als zweite große Umweltzone in NRW nachziehen, dann ...

... bin ich sicher, dass im Vorfeld die Abwägung darüber, wie weit dieser Eingriff in einen zentralen Wirtschaftsraum Europas gehen kann, im Ministerium verantwortungsvoll erfolgt.

... werden viele der fünf Millionen Menschen in der Metropolregion aufatmen. Leider hat der Umweltminister zugelassen, dass es durch den Arnberger Regierungspräsidenten und Lobbyisten nur zu einem Flickenteppich kommt und keine einheitliche Umweltzone entsteht.

Die Nach- und Umrüstung von älteren Autos mit Abgasreinigungsanlagen ist kostspielig. Beim Umweltschutz spielt der Geldbeutel ...

... für viele eine wichtige Rolle. Daher wird die Nachrüstung auch steuerlich gefördert. Die Bürger sind trotz Kostenbelastung zum Glück zunehmend bereit, selbst etwas für unsere Umwelt zu tun.

... natürlich eine Rolle. Darum gibt es auch für die Nachrüstung einmalig eine Entlastung bei der Kfz-Steuer von 330 Euro und man spart dauerhaft. Und gerade Geringverdienende wohnen oft in den am meisten belasteten Gegenden – hier muss man was für saubere Luft tun.

Zum Schutz der Umwelt werden die Mobilität und die Nutzung des Eigentums eingeschränkt. Das ist in meinen Augen ...

... mit angemessenen Übergangszeiten nur eingeschränkt vertretbar. Wir als CDU müssen versuchen, die Bürger zu überzeugen und mitzunehmen.

... erlaubt, solange dies nicht zu gravierenden Benachteiligungen führt und insgesamt die Lebensqualität der Menschen verbessert. Die Mobilität müsste nicht eingeschränkt sein, wenn CDU und FDP den ÖPNV ausbauen würden, statt ihn zu kürzen.

Wenn die „Zeitung für Deutschland“ behauptet, der Feinstaub habe sich wie ein Phantom aus dem Staub gemacht, dann ...

... ist das ein nettes Wortspiel, welches allerdings verkennt, dass wir in NRW das Problem nicht einfach vor uns herschieben können, sondern lösen müssen.

... halte ich das für Augenwischerei. Rot-Grün hat für eine Verringerung industrieller Schadstoffemissionen gesorgt, was die aktuelle Landesregierung gern anführt. Wir sollten diese ersten Erfolge nicht argumentativ dazu missbrauchen, unsere Anstrengungen einzustellen.

Die vielfach beschriebenen Gefahren des Feinstaubes für den Menschen sind aus meiner Sicht ...

... ernst zu nehmen, aber differenziert zu betrachten. Feinstaub ist nicht gleich Feinstaub. Die CDU-Fraktion hat entsprechende Initiativen ergriffen, um den Umwelt- und Gesundheitsschutz zu verbessern.

... absolut belegbar. Feinstäube sind Auslöser für Bronchial-, Herz- und Kreislauferkrankungen und sogar Lungenkrebs. Das Bundesverwaltungsgericht hat deshalb beschieden, dass die Bürgerinnen und Bürger ein einklagbares Recht auf saubere Luft haben.

Ich glaube, das Ziel, den Feinstaub und die Stickoxide zu verringern, wird mit dem Instrument der Umweltzonen ...

... über einen längeren Zeitraum betrachtet nur dann erreichbar sein, wenn die Probleme des überörtlichen Verkehrs und die Emissionen anderer Verursacher mit einbezogen werden.

... ein Stück weit umgesetzt. Allerdings müssen wir noch wesentlich weiter gehen: Große zusammenhängende Zonen sind effizienter und durchschaubarer für die Nutzer. Und ich frage die Autoindustrie: Wo bleibt das Zweiliter-Auto mit geringerem Schadstoffausstoß?

Diesmal sind es die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

Holger Ellerbrock (FDP)



Johannes Rimmel (GRÜNE)



... für viele unproblematisch. Für all diejenigen aber – vom Anwohner bis zum Handwerker –, die sich nicht die neueste Fahrzeugtechnik leisten können, bedeutet dies eine deutliche Einschränkung ihrer Mobilität.

... müssen Fahrverbote durch nennenswerte Reduktionen der Feinstäube gerechtfertigt werden. Sie können an Brennpunkten sinnvoll sein, sind aber nur „ultima ratio“, wenn alle anderen Maßnahmen versagen. Überregional verursachte Hintergrundbelastung wird so kaum gesenkt.

... gerade für Menschen mit geringerem Einkommen immer eine Rolle. Deshalb müssen Instrumente und Maßnahmen stets auf ihre Kostenwirkung geprüft werden. Sinnvoll sind für den Verbraucher langfristig planbare Grenzwerte, wie etwa die Euro-Abgas-Normen für Pkw und Lkw.

... ein schwerwiegender Eingriff in die persönliche Freiheit der Menschen. Dieser Eingriff muss stets gut begründet sein. Verbote sollten grundsätzlich das letzte Instrument sein. Sie erfordern aus Sicht der FDP einen exakten Nachweis ihrer Wirksamkeit.

... zeigt dies, dass die Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte in der Luftreinhaltung nachhaltig Wirkung zeigen – auch ohne Umweltzonen. Die Gesamtstaubbelastung ist in den letzten 30 Jahren von über drei Millionen auf 209.000 Tonnen im Jahr 2002 gesunken.

... weiter wissenschaftlich zu evaluieren. Um gesicherte Erkenntnisse zu gewinnen, sollten aus Sicht der FDP auf europäischer Ebene in ausgewählten Modellregionen die Feinstaubentstehung weiter erforscht und wirksame Reduktionsmaßnahmen erprobt werden.

... nur unzureichend erreicht. Effektiver sind langfristig wirkende und für Bürger und Wirtschaft planbare Reduktionspfade, etwa über die Euro-Normen für Fahrzeuge oder über die Immissionschutzverordnungen für Industrie und Haushalte.

... der richtige Schritt für mehr Gesundheitsschutz. Während bundesweit Umweltzonen Anfang 2008 eingerichtet wurden, hat es Minister Uhlenberg zugelassen, dass das Ruhrgebiet als Ballungsraum von fünf Millionen Menschen noch keine übergreifende Umweltzone hat.

... ist das viel zu spät. Ob eine große Umweltzone kommt, ist offen. Der Minister nimmt den Schutz der Menschen nicht ernst und lässt sich von seinem CDU-Kollegen, dem Arnsberger Regierungspräsidenten, torpedieren. Es wird eher ein „Umweltzonen-Flickenteppich“.

... auch eine Rolle. Deswegen haben wir uns für eine bessere steuerliche Förderung der Umrüstung der Autos eingesetzt. Wir wollen mehr und attraktivere Angebote für Bus und Bahn.

... die falsche Perspektive. Es geht wie beim Nichtraucherschutz vor allem um die Gesundheit der Menschen, die dort wohnen. Da sind auch eventuell Einschränkungen nötig. Wir fordern, den ÖPNV massiv auszubauen. Hier wird von Schwarz-Gelb drastisch gekürzt.

... ist das schlicht falsch. Die Feinstaubproblematik ist weiterhin akut. Außerdem kommen Stickoxide und Lärm hinzu, die in den Ballungsräumen vom Verkehr als Hauptverursacher ausgehen.

... sehr ernst zu nehmen. 2000 wurde die Lebenszeit in Europa im Schnitt um 8,6 Monate, in Deutschland um 10,2 verkürzt (WHO). In Europa sterben jährlich über 288.000 Menschen (Deutschland: 65.000) vorzeitig an den Folgen der Feinstaubbelastung (EU-Kommission).

... in Ballungsgebieten derzeit am besten erreicht. Große Umweltzonen sind der beste Anreiz, Autos umzurüsten. Wir brauchen aber auch Strategien, um die Hintergrundbelastung durch Industrie und Landwirtschaft zu mindern, und einen Qualitätssprung beim ÖPNV.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer